

Die Zukunft der baltischen Studien in Deutschland und an den deutschen Universitäten*

von Hartmut Boockmann †

Der so erfolgreiche und interessante Verlauf unseres Kongresses bezeugt den reichen Ertrag, den die Studien zur baltischen Geschichte während des letzten halben Jahrhunderts erbracht haben, nicht nur in Deutschland bzw. in der einstigen, nämlich westdeutschen Bundesrepublik, sondern auch dort, wo sich Emigranten aus Estland, Lettland und Litauen um die eigene Geschichte bemüht haben, in Nordamerika vor allem, aber selbstverständlich auch – ungeachtet aller bekannten Hindernisse und Restriktionen – in Estland und Lettland sowie in Litauen selbst. Doch soll es hier, entsprechend dem Anlaß, nämlich dem Jubiläum der Baltischen Historischen Kommission, um die Erforschung der Geschichte des alten Livland bzw. der Ostseeprovinzen in Deutschland gehen – in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft.

Der Historiker sollte freilich mit Bemerkungen über die Zukunft vorsichtig sein, und schon bei der Betrachtung der Gegenwart konkurriert er mit anderen Beobachtern. So liegt es für ihn nahe, sich zunächst – vor dem Blick auf die Zukunft – auf sein eigenes Beobachtungsfeld zu konzentrieren, also auf die Vergangenheit, und so könnte es naheliegen, diesen Vortrag als einen historiographiegeschichtlichen und forschungshistorischen Rückblick mit einem knappen Annex anzulegen, der von der Gegenwart und ein wenig auch von der Zukunft handeln würde. Doch will ich so nicht verfahren. Der Veranstalter, also der Vorstand der Baltischen Historischen Kommission, hat mich ja auf einen Vortrag verpflichtet, in dem es wesentlich um die Zukunft der baltischen Studien gehen soll, und von dieser Zukunft will ich auch, soweit das möglich ist, sprechen. Mir scheint, daß man als Historiker, ungeachtet der Vorsicht, die man, wie eben schon gesagt, gegenüber der Zukunft walten lassen soll, auf der anderen Seite vielleicht doch einen besseren Zugang zur Zukunft haben kann als jemand, dessen Horizont nicht über die Gegenwart zurückreicht. Wie im allgemeinen, so hat man es auch bei unserem Thema, bei der Frage nach der Erforschung der baltischen Geschichte, mit einem Kontinuum zu tun. Was eben noch Gegenwart war, ist plötzlich Vergan-

* Ich gebe im folgenden den Text so, wie ich ihn zum Abschluß der 50. Tagung der Baltischen Historischen Kommission vorgetragen habe, vermehrt nur um die notwendigsten Nachweise.

genheit, und Zukunft wird ebenso rasch zur Gegenwart. Wenn man nichts von der Vergangenheit weiß, kann man auch schwerlich etwas Begründetes von der Zukunft erhoffen.

Was aber soll man im Hinblick auf mein Thema von der Zukunft erhoffen? So gestellt, läßt sich die Frage einfach beantworten. Der Historiker würde sich zwar scheuen zu sagen, es solle möglichst alles so bleiben, wie es eben noch war, nur ein bißchen schöner, aber mir scheint dennoch, daß Sie mit mir in dem Wunsch einig sein werden, die Erforschung der baltischen Geschichte in Deutschland möge auch in den nächsten Jahrzehnten ähnlich erfolgreich sein wie im letzten halben Jahrhundert.

Doch wie kann das geschehen? Was müßten die Voraussetzungen dafür sein? Einer Antwort auf diese Frage nähert man sich am besten, wenn man nach der Geschichte der baltischen Studien der letzten Jahrzehnte, während der Nachkriegszeit, fragt.

Fragt man so, so hat man es mit einem reinen Fall von Emigrationsforschung zu tun. Eine Volksgruppe war genötigt, die Heimat zu verlassen, und sie nahm aus der Heimat nicht nur die Erinnerung an die eigene Vergangenheit mit, sondern auch den Willen, weiter an der Kenntnis dieser Vergangenheit zu arbeiten und so die eigene historisch begründete Identität zu wahren.

Man hatte da in den ersten Jahren nach 1945 bei den baltischen Historikern und Geschichtsfreunden die gleiche Situation wie bei den Schlesiern oder Sudetendeutschen. Die Hergänge sind nicht selten beschrieben worden: anekdotisch, memoirenhaft, aber inzwischen auch analytisch.

Georg von Rauch spricht in seinem Beitrag über die deutsch-baltische Geschichtsschreibung nach 1945 vom 26. Oktober 1946, an welchem Tage sich Reinhard Wittram und Leonid Arbusow jr. in dessen möbliertem Zimmer in einer Göttinger Pension zu einem Kontakt trafen.¹ Ob dabei, wie Georg von Rauch schreibt, der *genius loci* tatsächlich etwas bewirkte, ob also für das Treffen in Göttingen die Erinnerung an August Ludwig Schlözer und Georg Waitz eine Rolle spielte, steht dahin. Man wird Rauch nicht Unrecht tun, wenn man in dieser Feststellung die für den Historiker typische nachträgliche Sinngebung zwar nicht des Sinnlosen, wohl aber des Zufalls erblickt. Für Göttingen sprach, daß es Wittram und Arbusow hierher verschlagen hatte und daß hier noch andere baltische Gelehrte Zuflucht gefunden hatten. Das wiederum lag nicht zuletzt daran, daß Göttingen den Krieg fast ohne Zerstörungen überstanden hatte,

¹ Georg v. Rauch, Die deutschbaltische Geschichtsschreibung nach 1945, in: Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung, hrsg. v. dems. Köln/Wien 1986 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart. 20), S. 399-435, hier S. 399.

daß Flüchtlinge und Vertriebene auch aus anderen Ostgebieten hier Aufnahme fanden und die Universität ihrerseits bereit war, vertriebene Gelehrte aufzunehmen – zu welchen, von heute aus gesehen, kläglichen Bedingungen auch immer. Doch hat man damit nicht alle Gründe dafür, daß die Baltische Historische Kommission hier in Göttingen entstand und in Göttingen blieb. Entscheidend dürfte gewesen sein, daß Reinhard Wittram schon vor Kriegsende zeitweilig in Göttingen gelehrt hatte² und daß man ihn hier kannte und schätzte. Man wird seine Energie, seinen Durchsetzungswillen und seine Fähigkeit hinzurechnen können, im Moment das zu tun und zu sagen, was sich – vielleicht – in der Zukunft als das Richtige erwies.

Gerade im Sinne Wittrams ist es nicht pietätlos, wenn man daran erinnert, daß er sich ebenso entschieden wie nach 1945 auch zuvor geäußert hatte. In seinem Aufsatzbändchen mit dem Titel „Livland. Schicksal und Erbe der baltischen Deutschen“, dessen Vorwort mit der Zeile „Posen, im Februar 1940“ datiert ist, liest man einen pathetischen Abschied von der Heimat. Es gehe darum „zu zeigen, wie wir geworden sind und was wir ins Vaterland mitbrachten, als der Führer uns rief“.³ Am 31. Dezember 1941 unterzeichnete Wittram, wiederum in Posen, das Vorwort eines abermaligen Aufsatzbandes. „Rückkehr ins Reich“ hieß die Überschrift, die zu den eben zitierten pathetischen Worten gut zu passen schien. Inzwischen aber hatte Hitler den Krieg mit der Sowjetunion begonnen, und die baltische Heimat war, entgegen dem vor gut einem Jahr ausgesprochenen definitiven Abschied, „in den Schutz des Reiches, in den Sinnzusammenhang der deutschen Ostaufgabe zurückgekehrt“.⁴

Nun also, nach 1945, abermals Rückkehr ins Reich, genauer gesagt, in das, was vom Reich verblieben war und nun gemäß dem Konflikt zwischen Ost und West in zwei Teile gespalten wurde. Die Fortführung der verschiedenlichen Bemühungen um die Vergangenheit der Flüchtlinge und Vertriebenen hatte, so zeigte sich bald, nur in den Westzonen ihren Ort. In der Ostzone bzw. der DDR war für deutsche Geschichtswissenschaft alles, was jenseits der neuen Grenze, der Friedensgrenze, wie man

² Hartmut Boockmann, Geschichtsunterricht und Geschichtsstudium in Göttingen, in: *Geschichtswissenschaft in Göttingen*, hrsg. v. dems. u. Hermann Wellenreuther. Göttingen 1987 (Göttinger Universitätschriften. A 2), S. 178f. Vgl. auch Manfred Hildermeier, in: Ebenda, S. 119f., Manfred Hagen, in: Ebenda, S. 325ff., sowie Mart Kivimäe, Reinhard Wittram als Geschichtsdenkler, in: *Zwischen Konfrontation und Kompromiß*, hrsg. v. Michael Garleff. München 1995 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte. 8), S. 227-243, und Klaus Neitmann in diesem Heft.

³ Reinhard Wittram, *Livland*. Berlin 1940, S. 9.

⁴ Reinhard Wittram, *Rückkehr ins Reich*. Posen 1942, S. 6.

sagte, obwohl doch das Verhältnis zu Polen bis 1989 höchst problematisch war, geradezu ein verbotenes Land. Die Flüchtlinge und Vertriebenen mußten sich als Umsiedler verstehen, und sie sollten von ihrer Vergangenheit öffentlich nicht reden. Am grotesksten war, daß jenes Land, das nun zur Hälfte in Polen lag, zur anderen Hälfte aber in der DDR, nämlich Pommern, nicht mehr Pommern heißen durfte. Einerseits waren die Ländernamen nach der Gliederung der DDR in Bezirke 1952 ohnehin verdrängt worden, doch gelegentlich war auch weiterhin von Sachsen, Thüringen oder Mecklenburg die Rede, und zu Mecklenburg sollten nun auch das pommersche Greifswald oder die Insel Rügen gehören.⁵ Ähnlich wie in der geschienenen Geschichte Polen nach Westen verschoben worden war, wurde in der gedachten Geschichte Pommern nach Osten gerückt. Seine westliche Hälfte, Vorpommern, durfte nicht mehr Pommern heißen, dafür aber erhielten nun die zu Polen gehörigen Gebiete des alten Preußen, also die Provinz Westpreußen und die südlichen Teile von Ostpreußen, gegen alle Geschichte den Namen Pommern (Pomorze), und so heißen sie noch heute.⁶

Die aus ihrer Heimat vertriebenen Forscher hatten also nur in der werdenden westdeutschen Bundesrepublik die Chance, ihre Arbeiten fortzuführen und dabei die nötige öffentliche Unterstützung zu erfahren. Sowohl die erwähnten anekdotischen und memoirenhaften Rückblicke wie auch die inzwischen vorliegenden Studien sind sich darin einig, daß es außerordentlich mühsam war, die zerrissenen Fäden neu zu knüpfen und sich abermals zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden.⁷ Am Ende gab es Erfolge. Die regionalen historischen Kommissionen, deren Arbeitsfeld die Geschichte Schlesiens, Pommerns, Ostpreußens und Westpreußens, der Sudetendeutschen, Estlands und Lettlands sowie der Deutschen in Polen bzw. der einstigen preußischen Provinz Posen war, wurden erneu-

⁵ Vgl. z.B. Konrad Fritze, Pommernforschung am Historischen Institut der Universität Greifswald, in: Pommern: Geschichte. Kultur. Wissenschaft. Greifswald 1991, S. 16 u. 18.

⁶ Jörg Hackmann, Gerard Labudas Konzeption der Geschichte Pommerns, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 41 (1993), S. 109-134. Vgl. insbesondere S. 115 den Hinweis darauf, daß ein führender Repräsentant der Konzeption eines piastischen Polen, Zygmunt Wojlichowski, statt für Pomorze für Prusy plädierte. Vgl. ferner Jörg Hackmann, Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Wiesbaden 1996 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien. 3), S. 265 f.

⁷ Hartmut Boockmann, Die Geschichtswissenschaft und die deutschen Ost- bzw. polnischen Westgebiete seit 1945, in: Die sog. Geisteswissenschaften: Innenansichten, hrsg. v. Wolfgang Prinz u. Peter Weingart. Frankfurt a.M. 1990, S. 56-74; Hackmann, Ostpreußen (wie Anm. 6), S. 307 ff.; Eduard Mühle, „Ostforschung“. Beobachtungen zu Aufstieg und Niedergang eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 46 (1997), S. 317-349.

ert bzw. neu geschaffen. Als eine Art historisch-landeskundlicher Akademie und Dachverband der erwähnten Kommissionen wurde der Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat in Marburg gegründet, dem seinerseits ein gleichnamiges Institut beigegeben wurde, das nun eine Bibliothek, ein Bildarchiv, Zeitungs- und andere Sammlungen aufzubauen begann. Im ersten Heft der „Zeitschrift für Ostforschung“, die in Marburg nun herausgegeben wurde, schrieb Hermann Aubin, einer der angesehensten Historiker seiner Generation, zuvor Professor in Breslau, jetzt in Hamburg: „Die zusammengeschmolzene Schar der Ungebrochenen sieht sich einer verwandelten Welt gegenüber, der gerade die Ostforschung doppelt oder gar dreifach gesteigerte Aufgaben stellt.“⁸

Das Forschungsprogramm, das Aubin hier skizzierte, betonte auf der einen Seite die Kontinuität. Die territorialen Verluste Deutschlands infolge des verlorenen Ersten Weltkrieges hätten zur Auflösung der traditionellen Bewußtseinsgrenzen geführt. „Gewonnen hatten die Deutschen ein geklärtes Bewußtsein ihrer völkischen Zusammengehörigkeit über die Staatsgrenzen hinweg“, und dem habe sich die Wissenschaft angepaßt. An die Stelle der alten regional begrenzten Bemühungen trete nun „der Begriff einer Ostforschung mit der besonderen Hinsicht auf das östliche Mitteleuropa“, und darauf komme es auch nun, nach 1945 an, wenn freilich „in einem neuen Sinne“.⁹

Man dachte vielleicht damals – und denkt gewiß heute –, daß Aubin, wenn er nun von einem „neuen Sinne“ sprach, das Ende des nationalsozialistischen Deutschland meinte und die Frage stellen würde, welche Folgen das für die geforderte Erneuerung haben würde. Doch davon ist bei Aubin keine Rede. Er forderte, daß man sich nun nicht mehr auf das östliche Mitteleuropa beschränken dürfe, sondern den ganzen Osten erforschen müsse oder, anders gesagt, den sowjetischen Machtbereich. Was hier gefordert wurde, entsprach ziemlich genau dem, was alsbald aus der DDR und anderen Ländern des sowjetischen Blocks, Polen insbesondere, zu der westdeutschen Ostforschung gesagt werden sollte. Sie galt als Teil des Kalten Krieges, als Vorbereitung der Aggression und des roll back.¹⁰ Nicht nur Aubins Äußerungen ließen sich in der Tat so verstehen. Andere

⁸ Zeitschrift für Ostforschung 1 (1952), S. 1.

⁹ Hermann Aubin, An einem neuen Anfang der Ostforschung, in: Zeitschrift für Ostforschung 1 (1952), S. 3-16, hier S. 15.

¹⁰ Wie kompliziert die Beziehungen zwischen Geschichtswissenschaft und Politik insbesondere in Polen waren, zeigt Włodzimierz Borodziej, „Ostforschung“ aus der Sicht der polnischen Geschichtsschreibung, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 46 (1997), S. 405-426. Aus der DDR dagegen kam nur platte Polemik. Beispiele bei Boockmann, Geschichtswissenschaft (wie Anm. 7), S. 64.

programmatische Sätze könnten dem, was ich hier zitiert habe, an die Seite gestellt werden.

Der kommunistischen Propaganda gegen die NATO-Historiographie, die da angeblich entstand, widersprach jedoch, daß die öffentlichen Mittel, die hier eingesetzt wurden, nicht groß waren. Im Vergleich zu dem, was in den Jahrzehnten des ökonomischen Aufstiegs der Bundesrepublik auf die Landesgeschichte der westdeutschen Länder verwandt wurde, hielt sich das, was den erwähnten historischen Kommissionen zugute kam, in einem dürftigen Rahmen. Es blieb gewissermaßen bei den kümmerlichen Dimensionen dessen, woran sich die Flüchtlinge und Vertriebenen nach 1945 hatten gewöhnen müssen. Die Gründung des Herder-Instituts war schwierig genug. Es gab, wie nicht selten in solchen Emigranten-Situationen, auch persönlichen Ehrgeiz und Rivalitäten. Das Verhältnis zwischen dem hier in Göttingen geschaffenen Göttinger Arbeitskreis und den Marburger Institutionen war problematisch.¹¹

Man wird also die tönende Programmatik, wie sie Aubin formulierte, auch pragmatisch verstehen müssen. Hier sollten die öffentliche Meinung und politische Institutionen mit den Argumenten gewonnen werden, von denen man annahm, daß sie ihnen zugänglich wären. Ein aktuelles Problem, wie man weiß. Und was dann tatsächlich geleistet wurde, war ganz überwiegend Forschung, die sich – anders als die Programmatik – von aktueller Politik fernhielt.

Doch wird sich gerade der Historiker am wenigsten wundern, wenn er feststellt, daß die „Ungebrochenen“, die sich da, um mit Aubins Worten zu sprechen, nach der Katastrophe zusammenfanden, nicht gesonnen waren, in ihren historischen Arbeiten aus dem Bereich ihres politischen Denkens gänzlich auszubrechen. Am entschiedensten hat Reinhard Wittram sich zu einer Abkehr von bisherigen historisch-politischen Überzeugungen bekannt.¹² Er hatte, wie die vorhin gegebenen Zitate zeigen, auch allen Grund dazu, aber er war keineswegs der einzige, der solche Gründe hatte.

Andere retteten sich in die Kontinuität über das Jahr 1933 hinweg, und das war nicht unverständlich. Denn das bestimmende politische Erlebnis für diejenigen, die sich nun als Osthistoriker verstanden, waren die Gebietsverluste gewesen, die der Versailler Vertrag Deutschland eingebracht hatte. Die Veränderung der Ostgrenze, der viele Historiker dienen wollten, war während der Weimarer Republik das Programm wohl der Mehrheiten in allen Parteien gewesen; auch Hitler schien ein Revisionist zu

¹¹ Hackmann, Ostpreußen (wie Anm. 6), S. 309.

¹² Vgl. nur Kivimäe, Wittram (wie Anm. 2), S. 237.

sein. Daß er eine ganz andere Politik verfolgt hatte, ließ sich nach 1945 nicht übersehen, aber gerade deshalb konnte man meinen, mit dem, was man in der nationalsozialistischen Zeit geschrieben hatte, mehr oder weniger im Rahmen dessen geblieben zu sein, was man schon vor 1933 formuliert hatte.

Die baltischen Historiker unterschieden sich in dieser Hinsicht von ihren Schicksalsgefährten: Soweit sie sich auf die Geschichte der Heimat konzentrierten, hatten sie es mit den Folgen von Versailles nicht zu tun. Doch sollte diese Beschränkung auf die Geschichte der eigenen Region ja gerade unter dem Dach einer Ostforschung überwunden werden.

Gemeinsamkeit dagegen bestand unter den Balten, Schlesiern und den anderen Historikern, die nun aus ihrer Heimat und aus ihrem Arbeitsgebiet vertrieben waren, auch in dem immer wieder geäußerten Gefühl, ihr Tun werde mit dem Aussterben der eigenen Generation enden, und dafür gab es Gründe. Wer sollte schon seine Sache auf die Geschichte des alten Livland oder Schlesiens konzentrieren, wenn er doch auf diese Weise sehr viel schlechtere Lebenschancen zu erwarten hatte als derjenige, der sich für die Geschichte Bayerns oder Hessens interessierte? Die erwähnte unzulängliche Finanzierung der baltischen oder auch der altpreußischen Geschichtsforschung tat hier ihre Wirkung, und sie tut es noch.

Auf der anderen Seite erwies sich aber, bei der Baltischen Historischen Kommission wohl in noch höherem Maße als bei den anderen, daß die pessimistischen Prognosen falsch waren. Es gelang durchaus, jüngere Historiker für die Geschichte der einstigen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete zu gewinnen, und es waren nicht immer die Söhne und Enkel der Vertriebenen, die sich gewinnen ließen.

Soll man zur Erklärung einfach sagen, daß es schließlich heute am wenigsten Athener sind, die sich für das klassische Athen interessieren? Ganz falsch wäre eine solche Erklärung nicht. Aber die klassischen Gegenstände der geschichtlichen Erinnerung sind zu solchen nicht aus sich heraus geworden. Man muß nach den Gründen fragen, und das gilt auch für das Interesse an der baltischen Geschichte.

Daß die Geschichte Altlivlands bzw. der Ostseeprovinzen auch für junge Historiker, die kein im eigenen Familienherkommen begründetes Interesse daran haben, interessant war und ist, hat, so scheint mir, zwei Ursachen.

Die eine liegt darin, daß es nicht zuletzt der Baltischen Historischen Kommission gelang, Verengungen und Abkapselungen zu vermeiden, wie man sie von Emigranten-Gruppen kennt. Schon früh wurden Kontakte zu in der Emigration tätigen estnischen und lettischen Historikern ge-

knüpft, wurden erste Schritte der Zusammenarbeit, zu der es während der kurzen politischen Selbständigkeit Estlands und Lettlands gekommen war, fortgesetzt und wurde begonnen, jene Antagonismen zu überwinden, die die erste Artikulation und Organisation einer eigenständigen lettischen und estnischen Geschichtswissenschaft charakterisiert hatten.¹³ Die emigrantische Abkapselung wurde aber auch dadurch vermieden, daß die Forschung in den sowjetisierten baltischen Staaten durchaus zur Kenntnis genommen wurde. Sobald es möglich war, wurden auch persönliche Kontakte geknüpft, aber das konnte doch erst sehr spät geschehen, zwei Jahrzehnte, nachdem lebhaftere Kontakte der deutschen zum Beispiel mit der polnischen Geschichtswissenschaft begonnen hatten.

Die andere Ursache dafür, daß die baltische Geschichtsforschung den Tod derer überlebte, die sie nach dem Kriege begründet hatten, und daß es mit der Erforschung Schlesiens oder Ostpreußens und Westpreußens ähnlich steht, liegt, scheinbar paradoxerweise, darin, daß es keine speziellen Professuren für baltische oder schlesische Geschichte gab. Hermann Aubin war weit davon entfernt, sich auf Schlesien oder auch nur auf Ostmitteleuropa zu beschränken. Er hatte einen Lehrstuhl für Allgemeine Geschichte inne, und das gleiche galt für die anderen Professoren, die sich zur baltischen Geschichte hingezogen fühlten. Auch Wittram bekleidete zuletzt einen allgemein-historischen Lehrstuhl, zuvor aber einen für osteuropäische Geschichte, und das galt zum Beispiel auch für Manfred Hellmann, während Paul Johansen weit davon entfernt war, in Hamburg nur oder auch nur vorwiegend baltisches Mittelalter zu lehren. Sein Lehrgebiet war die ost- und nordeuropäische sowie die hansische Geschichte. So wurde mancher Student für die baltische Geschichte gewonnen, der von sich aus an ein solches Thema nicht gedacht hatte.

Ich bin mit diesen Feststellungen bei den Problemen der Zukunft angelangt. Das Nichtvorhandensein spezieller Lehrstühle zum Beispiel für baltische Geschichte war, so sagte ich, eine der Ursachen dafür, daß die baltische Geschichte auch für Jüngere interessant wurde – unabhängig von ihrer familiären Herkunft.

Doch kann man nun leider nicht sagen, daß man es hier mit einem Modell für die Zukunft zu tun hätte, so sehr ich selber auch dazu neigen

¹³ Heinz von zur Mühlen, Kontinuität und neue Anstöße der deutschbaltischen Geschichtsforschung in Estland nach dem Ersten Weltkrieg, in: Die Universitäten Dorpat/Tartu, Riga und Wilna/Vilnius 1579–1979. Beiträge zu ihrer Geschichte und ihrer Wirkung im Grenzbereich zwischen West und Ost, hrsg. v. Gert v. Pistohlkors (u.a.). Köln/Wien 1987 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 9), S. 293–304; Sirje u. Jüri Kivimäe, Estnische Geschichtsforschung an der Universität Tartu 1920–1940, in: Ebenda, S. 277–292.

möchte, einen Geschichtsprofessor, der sich auf die Geschichte Schlesiens oder Altlivlands beschränkt, für keine sehr attraktive Erscheinung zu halten. Dagegen spricht nicht nur, daß niemand etwas gegen einen Lehrstuhl für die Geschichte Schleswigs und Holsteins hat. Auf die Frage, ob der Lehrstuhl für die Geschichte dieses nördlichen Bundeslandes die Notwendigkeit nach sich zieht, auch einen Lehrstuhl für baltische oder für schlesische Geschichte zu haben, werde ich noch zurückkommen.

Zuvor setze ich meine Überlegung über die Zukunft baltischer Geschichtsforschung in Deutschland mit der Beobachtung fort, daß es ja nicht nur der Speziallehrstuhl für schleswig-holsteinische Geschichte ist, der einen solchen besonderen Lehrstuhl für baltische Geschichte plausibel macht. Wichtiger ist, daß der weite Rahmen, innerhalb dessen bisher die baltische Geschichte gelehrt und erforscht wurde, dahinschwindet. Professuren für Mittlere und Neuere Geschichte ohne Einschränkung gibt es nur noch an wenigen Universitäten, hier in Göttingen zum Beispiel, aber es ist nicht ganz einfach, jüngeren Kollegen deutlich zu machen, daß dieser weite Rahmen etwas für sich hat. Die Regel, vor allem bei jüngeren Universitäten, sind enge Grenzen. Da ist man Professor für die Geschichte der neueren Außenpolitik, für Bildungsgeschichte seit 1800, für Geschichte des 19. Jahrhunderts und so weiter. Und wenn man das schon nicht selber will, dann nötigen einen die finanziellen Zwänge der Gegenwart zu solchen kleinmeisterlichen Etiketten.

Wenn an einer Universität zwei Professuren für mittelalterliche Geschichte bestehen, so erscheint den staatlichen Behörden die eine davon als überflüssig, gleichgültig wie groß die Zahl der Studenten ist und unabhängig davon, daß es nach dem gegenwärtigen Stande unseres Wissens auch nicht zu erwarten ist, daß ein einziger Professor das Mittelalter insgesamt mit der erforderlichen Intensität in der Lehre vertritt. Man hat geschätzt, daß die Hälfte aller jemals produzierten wissenschaftlichen Literatur in den letzten 15 oder 20 Jahren erschienen ist. Man kann das beklagen und darauf zurückführen, daß die öffentliche Hand zu viel für die Wissenschaften ausgibt. Doch das wäre nur ein zynisches *Aperçu*. Die Dinge sind nun einmal, wie sie sind – vom exponentiellen Wachstum der wissenschaftlichen Produktion gehen Spezialisierungszwänge aus. Man kann den Versuch unternehmen, dagegenzuhalten und zwischen engeren Forschungs- und weiteren Lehrgebieten zu unterscheiden. Doch wird es nicht gelingen, auf diese Weise zu den weiten Dächern zurückzufinden, die noch vor wenigen Jahren über Lehrstühlen normalerweise angebracht waren. Und so wird es künftig schwerlich möglich sein, in dem Maße wie bisher baltische Geschichte an Instituten und von Lehrstühlen aus zu erforschen und zu unterrichten, die der baltischen Geschichte nicht eigens

zugewandt sind. Und für die baltischen Studien in anderen Disziplinen gilt das gleiche.

Es gilt auch dort, wo das Dach osteuropäische Geschichte heißt. Ich hatte ja darauf hingewiesen, daß die meisten baltischen Historiker, nicht zuletzt aufgrund ihrer Sprachkompetenz, Professuren für osteuropäische Geschichte innehatten. Sollte es dabei nicht bleiben können?

Auch diese Frage muß man wohl negativ beantworten, und zwar nicht nur deshalb, weil die meisten Osteuropa-Historiker es heute von sich weisen, in der Lehre für die osteuropäische Geschichte insgesamt zuständig zu sein. Eine Dreiteilung zwischen Rußland, Südosteuropa und dem östlichen Mitteleuropa bietet sich an. Doch wer von diesen drei Osteuropa-Historikern soll für die baltische Geschichte zuständig sein? Wird der Polen-Spezialist, der auch der tschechischen Sprache mächtig ist, die Mühe auf sich nehmen wollen, noch das Litauische, das Estnische und das Lettische zu lernen?

Die ältere baltische Geschichtsforschung hat auch davon gelebt, daß man mit minimalen oder gar nicht vorhandenen Kenntnissen des Litauischen, Lettischen und Estnischen ganz gut zurechtkommen konnte. Das wird in Zukunft schwieriger sein – ungeachtet des guten Willens aller Sprecher sogenannter kleiner Sprachen, sich mündlich oder schriftlich in anderen Sprachen auszudrücken. Das Recht auf Publikationen in der Muttersprache sollte man ihnen nicht ausreden wollen. Also muß man diese Sprachen lesen lernen.

Die osteuropäische Geschichte als Dach der Beschäftigung mit der baltischen Geschichte in Deutschland ist aber auch deshalb gefährdet, weil sie in diesen Jahren unter starken Reduktionen leidet – unter den gleichen Reduktionen wie auch die Förderung der baltischen Geschichte, der schlesischen oder der ost- und westpreußischen.

Ich habe vorhin davon gesprochen, daß die Ostforschung seit ihrer Regeneration in den 50er Jahren von östlicher Seite her unter dem Verdikt stand, nichts anderes zu sein als ein wissenschaftlicher Zweig des Kalten Krieges. Die gegenwärtige Wissenschaftspolitik in Deutschland bestätigt – ohne das ausdrücklich zu wollen – diese Polemik nachträglich. Denn den Streichungen und Reduktionen von Stellen und Etats liegt ja, mehr oder weniger deutlich, die Prämisse zugrunde, daß man sich nun, nach dem Ende des Kalten Krieges, für die Geschichte der einstigen Feindregionen nicht weiter zu interessieren brauche.

Bevor man auf eine solche Beobachtung mit Empörung reagiert, sollte man für einen Augenblick darüber nachdenken, ob die Sache, wenn man sie anders begründet, nicht doch ihre Vernunft hat. Und wurde die osteuropäische Geschichte nicht in der Nachkriegszeit tatsächlich überpropor-

tional gefördert? Kann man diesen Sachverhalt nicht schon der schlichten Tatsache entnehmen, daß es an fast allen Universitäten der alten Bundesrepublik eine oder mehrere Professuren für die Geschichte Osteuropas gab, kaum je dagegen eine für die Geschichte West- oder Südeuropas?

Der Sachverhalt ist eindeutig, und man kann ihn erklären. Die Verselbständigung der osteuropäischen Geschichte und nicht zugleich die der westeuropäischen hatte zum einen die simple Ursache, daß Historiker slavische Sprachen sehr viel seltener beherrschen als das Englische, Französische oder auch Italienische. Doch hat man hier nur einen Grund für diese Verselbständigung. Der andere lag darin, daß an den Lehrstühlen und Instituten für osteuropäische Geschichte so etwas wie stellvertretende Forschung betrieben wurde – ganz ähnlich wie auch in Nordamerika. Was in der geknebelten Geschichtswissenschaft insbesondere der Sowjetunion nicht möglich war, wurde ersatzweise außerhalb von ihr erarbeitet, und das mit großem Erfolg und nicht nur im Falle der russischen Geschichte. Man braucht nur daran zu erinnern, daß das von Karl Bosl herausgegebene Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder¹⁴ in diesen selbst kein Gegenstück hatte, daß die polnische Geschichtswissenschaft nicht imstande war, das schlesische Urkundenbuch herauszugeben,¹⁵ daß die Geschichtswissenschaft der DDR es nicht zu einem Handbuch der thüringischen Geschichte brachte, sondern daß dieses in Westdeutschland erarbeitet werden mußte.¹⁶

Diese Situation hat sich geändert. Die Geschichte Thüringens ist gewissermaßen nach Thüringen zurückgekehrt, und es besteht heute auch keine Notwendigkeit mehr, das pommersche Urkundenbuch im Rahmen der Arbeit des Herder-Instituts in Marburg herauszugeben.¹⁷

Folgt daraus nicht, daß nun auch die Geschichte Estlands ihr wissenschaftliches Zentrum ganz oder überwiegend in Dorpat und Reval haben sollte, daß derjenige, der sich für die Geschichte Rußlands interessiert, in St. Petersburg studieren sollte und nicht in Göttingen, daß die Geschichte Ostpreußens ihren Ort in Danzig, Thorn und vielleicht auch Kaliningrad haben sollte, nicht aber in Deutschland?

Diese Frage ist so zu beantworten wie fast alle anspruchsvollen Fragen, nämlich mit einem Ja und mit einem Nein.

¹⁴ München 1967–1970.

¹⁵ Es erscheint aufgrund der vor 1945 in Breslau gesammelten Materialien seit 1963 in Wien, Graz, Köln.

¹⁶ Geschichte Thüringens, hrsg. v. Hans Patze u. Walter Schlesinger. Köln 1968–1984.

¹⁷ Nach 1945 erschienen, hrsg. v. Erwin Assmann, Brigitte Poschmann u. Klaus Conrad, die Bände 8–11. Köln/Graz 1961–1990.

Die Geschichte Rußlands nur in St. Petersburg, nicht aber in Göttingen: Das wäre ein anderes Wort für Provinzialismus, der freilich eine gar nicht so fernstehende Gefahr ist. Wenn die finanziellen Zwänge sich weiterhin so steigern, wie sie sich in den letzten Jahren gesteigert haben, und am Ende nur eine Geschichtsprüfung in Göttingen übrigbleiben würde, dann wäre das wahrscheinlich die für niedersächsische Landesgeschichte, und damit hätte man einen Zustand erreicht, den wir schon einmal hatten, nämlich nach der Vergewaltigung der Göttinger Universität durch König Ernst August im Jahre 1837.¹⁸

Gewiß wird es nicht möglich sein, an deutschen Universitäten Professuren für die Geschichte aller Länder der Welt einzurichten, aber man sollte sich doch an das halten, was man zur Orientierung braucht, und dazu dürfte die osteuropäische Geschichte zählen. Gilt das auch für die baltische Geschichte oder die schlesische?

Diese Frage könnte man, wenn man auf gesetzliche Normen blickt, mit einem zuversichtlichen Ja beantworten. Denn im Bundesvertriebenengesetz gibt es den Paragraphen 96, der die Bundesregierung darauf verpflichtet, die Erforschung der Kultur und der Geschichte der einstigen deutschen bzw. teilweise deutsch besiedelten Gebiete in Osteuropa und Ostmitteleuropa zu fördern. Abgesehen von der Frage, wie sicher diese Bestimmung ist – sie läßt sich ja mit einfacher Parlamentsmehrheit aufheben, und die Partei, die sich das vornähme, brauchte große Stimmenverluste nicht zu befürchten –, muß aber danach gefragt werden, was diese schöne Bestimmung denn für die Wissenschaft bisher gebracht hat. Viel, so muß man mit einer gewissen Undankbarkeit sagen, war es nicht. Das Herder-Institut war in jüngster Zeit in seiner Existenz gefährdet und ist es noch, und für das vor einigen Jahren gegründete Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte in Oldenburg gilt das gleiche. Gewiß muß man hervorheben, daß es seit einigen Jahren ein auf den Namen Kants getauftes Stipendium gibt, mit dessen Hilfe Promotionen und neuerdings auch Habilitationen über Themen aus der Geschichte der Vertreibungsgebiete gefördert werden. Die Förderung von Habilitationen ist allerdings außerordentlich schwierig. Nicht alle der – wenigen – Stipendien konnten vergeben werden, weil es an geeigneten Bewerbern immer wieder mangelte, und das ist sehr gut verständlich, da sich angesichts der vorhin beschriebenen Spezialisierungszwänge jemand, der an seine Zukunft denkt, mit guten Gründen vor einer Habilitationsarbeit zum Bei-

¹⁸ Vgl. nur Boockmann, *Geschichtsunterricht* (wie Anm. 2), S. 172 sowie 147ff., Ernst Schubert über jenen einzigen Historiker, Wilhelm Havemann.

spiel über ein Thema der baltischen Geschichte fürchten wird. Wofür soll ihn das qualifizieren? Die entsprechende Professur gibt es nicht.

So wäre eine Bedingung für die Zukunft der baltischen oder schlesischen Geschichtswissenschaft in Deutschland die Einrichtung entsprechender Professuren, wie man seit langem immer wieder und doch ohne Erfolg gesagt hat.

Die Gründe für diese Erfolglosigkeit habe ich direkt oder indirekt schon erwähnt. Das Ende des Kalten Krieges gehört dazu. Soll man nicht, so fragt mancher, nun damit aufhören, die Nachkriegszeit fortzusetzen und besondere Mittel auf die Flüchtlinge und Vertriebenen sowie die Förderung ihrer Geschichte zu verwenden? Muß nicht endlich einmal Schluß sein?

Wer mit der Sache befaßt ist, unter die da ein Schlußstrich gezogen werden soll, reagiert gern mit Empörung auf eine solche Zumutung, aber er sollte es mit der Empörung nicht bewenden lassen und auch nicht mit dem Argument, daß, was früher gut war, auch in Zukunft gut sein müsse – so große Vorzüge dieses Argument gerade in den Augen des Historikers hat. Und es spricht ja eine gewisse Ökonomie dafür, nicht plötzlich den Kurs zu ändern und wissenschaftliche Bibliotheken, die in vier oder fünf Jahrzehnten zusammengebracht worden sind – nicht nur mit staatlichen Mitteln, sondern auch aufgrund von privaten Stiftungen –, nicht plötzlich auszutrocknen oder gar abzuwracken. Allein das sollte aber das Argument gegen den Schlußstrich nicht sein.

Man sollte vielmehr überlegen, wie es überhaupt künftig mit der Förderung der Geschichte und insbesondere der deutschen Geschichte stehen soll, obwohl man sich damit neue Schwierigkeiten auflädt. In Deutschland meinen viele, Nationen seien eine Sache von gestern, und das Argument des Historikers, daß auch eine Sache von gestern der Erhellung bedürfe, ist in den Augen derer, die Nationen keine Zukunft geben, nicht gerade überzeugend. Doch wie sollen unsere Kinder sich für Auschwitz verantwortlich fühlen, wenn sie sich nur als Europäer verstehen? Und was werden die Kinder unserer französischen Nachbarn sagen, wenn sie nun ebenfalls für Auschwitz Verantwortung tragen sollen?

In der hier gebotenen Kürze will ich nur bemerken, daß die vermeintliche Zukunftslosigkeit der Nationen nichts anderes ist als ein deutscher Provinzialismus. Wenn wir Deutschen keine Deutschen mehr sein wollen, werden wir schwerlich gute Europäer sein können. Das aber heißt, daß wir uns auch weiterhin über die deutsche Geschichte Gedanken machen müssen, und zwar über die ganze deutsche Geschichte, also nicht nur über die in den Grenzen von 1945 bzw. 1990.

Auch damit ist ein weites Thema berührt, nämlich die uns angeborene

Neigung, die Vergangenheit der Gegenwart anzupassen, jene Neigung, die sich im gegenwärtigen deutschen Sprachgebrauch am deutlichsten dort ausprägt, wo von Eisenach als einer ostdeutschen Stadt gesprochen wird, von Passau als einer westdeutschen.¹⁹

Was gegen den Provinzialismus im weiteren Sinne und für eine Förderung der osteuropäischen Geschichte in Deutschland spricht, spricht auch gegen den intern-deutschen Provinzialismus und dafür, daß in Deutschland weiterhin an der Geschichte der einstigen Ostgebiete gearbeitet wird. Eine Geschichte des älteren Deutschland, die von Reval nichts weiß oder auch von Wien oder von Straßburg, müßte unvermeidlich ein Zerrbild produzieren. Oder, mit dem heute leider aktuellen Wort gesagt: Die „ethnischen Säuberungen“, die zu Flucht und Vertreibung aus den preußischen Ostprovinzen und den östlichen deutschen Siedlungsgebieten geführt haben, dürfen nicht in die Vergangenheit prolongiert und damit historisch legitimiert werden. Wer sie in ihren Ursachen und Folgen verstehen will, ist genötigt, die Welt, die damit zerstört worden ist, ins Bewußtsein zu heben und die Kenntnis von dieser Welt zu erhalten und zu vertiefen.

Dies aber gilt für das heutige Deutschland um so mehr, als ja das Ende des Kalten Krieges zu einer so intensiven Kooperation über die Grenzen hinweg geführt hat, wie es sie bisher nie gegeben hat. Deutsche Historiker auf der einen Seite und estnische, lettische oder litauische auf der anderen, um nur die nächstgelegenen Kooperationen zu nennen, arbeiten heute vertrauensvoll zusammen, und die einen sind auf die Forschungsmöglichkeiten im anderen Land ebenso angewiesen wie die anderen umgekehrt, so daß es absurd wäre, wenn die entsprechenden Gelegenheiten in Deutschland nicht weiterhin bestünden und wenn nicht sogar mehr getan würde, als in der Gegenwart getan wird. Doch weiß der Historiker, daß Politik sehr leicht zu Absurditäten führen kann, und die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland sind nicht geeignet, einschlägige Befürchtungen zu zerstreuen. Es steht um die Zukunft der baltischen Studien in Deutschland nicht eben gut, und das haben sie weder angesichts der letzten fünf Jahrzehnte verdient, noch im Hinblick auf das, was von ihnen zu erwarten ist.

¹⁹ Zur gegenwärtigen Nomenklatur Hartmut Boockmann, *Wo liegt Ostdeutschland? Die Deutschen und ihre Geschichte im östlichen Mitteleuropa*, in: *Nordost-Archiv N.F. 1* (1992), S. 7-19. Zum selben Thema Klaus Zernack, *Der historische Begriff „Ostdeutschland“ und die deutsche Landesgeschichte*, in: *Ebenda*, S. 157-173, der „solche Anpassungsbedürfnisse“ als „unabweisbar und notwendig“ ansieht (S. 157).